

"Wir haben jedes einzelne der Dokumente gründlich geprüft, Wort für Wort, Seite für Seite. Es steht nichts darin, was auf Kriegsverbrechen hindeutet. Anderenfalls hätten wir es schon vor langer Zeit untersucht.« – Mit diesem kaltschnäuzigen Kommentar reagierte Pentagon-Sprecher Geoff Morrell auf die Veröffentlichung von Wikileaks ...

17.12.2010 / Ausland / Seite 1 [Junge Welt](#)

---

## Washington bastelt Anklage

### Schweden scheitert mit Einspruch gegen Freilassung von Wikileaks-Gründer Julian Assange

Schweden ist mit dem Versuch gescheitert, eine Freilassung von Wikileaks-Gründer Julian Assange gegen Kautionszahlung zu verhindern. Das Londoner High Court wies am Donnerstag den Einspruch Stockholms zurück und bestätigte eine Entscheidung vom Dienstag. Seine Anwälte und Anhänger zeigten sich zuversichtlich, die für die Kautionszahlung notwendigen 200000 Euro noch im Tagesverlauf aufbringen zu können. Zudem sollte Assange bis zur Entscheidung über seine Auslieferung an Schweden eine elektronische Fußfessel tragen, sich auf einem Landsitz in Bungay aufhalten und täglich um 18 Uhr bei der Polizei melden. Wie der britische Guardian meldete, erwies sich dies jedoch als undurchführbar. In der Kleinstadt Bungay gibt es nämlich keine Wache, und der nächste Polizeiposten in Beccles hat nur nachmittags zwischen 14 und 17 Uhr geöffnet und bleibt außerdem über die Weihnachtsfeiertage komplett geschlossen.

Unterdessen bastelt die Staatsanwaltschaft der USA entgegen anderslautender Darstellungen an einer eigenen Klage gegen Assange. Das berichtete die New York Times am Donnerstag in ihrer Onlineausgabe. Dazu werde untersucht, ob Assange den US-Obergefreiten Bradley Manning, der Wikileaks geheime Dokumente zugespielt haben soll, zum Geheimnisverrat angestiftet habe. In diesem Fall könne die Staatsanwaltschaft Assange in den USA wegen Verschwörung vor Gericht stellen.

Nach Informationen des Wall Street Journal hat die US-Luftwaffe den Zugang zu mindestens 25 Internetseiten blockiert, die aus den von Wikileaks veröffentlichten Dokumenten zitiert hatten. Sie sind nun ohne Sondergenehmigung nicht mehr von Computern des Militärs aus zugänglich. Bereits am 3. Dezember hatte das Weiße Haus die Bundesbehörden angewiesen, den Zugriff auf die Dokumente von Arbeitscomputern aus zu verhindern.

(AFP/dadp/jW)